

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rotestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Zusatzgebühr für die sechsgepaaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unser Verband in der 40. Kriegswoche.

Die Erhebungen über die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit in der 40. Kriegswoche (vom 2. bis zum 8. Mai) haben folgendes ergeben:

Übersicht über die Zeit vom 2. bis zum 8. Mai 1915.

Bezirk	Bevölkerung	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Mitgliederabgang	Danon zum Militär	Mitgliederzahl am Schlusse der Woche	Danon arbeitslos	In Prozent	Ausgaben für Arbeitsvermittlung
1. Bezirk	34	7195	140	89	7055	44	0,6	253
2. "	23	6442	95	63	6347	46	0,7	406
3. "	33	9156	143	79	9013	61	0,7	225
4. "	54	45565	737	461	44918	482	1,1	1832
5. "	76	35383	766	517	34617	212	0,6	330
6. "	43	40176	647	335	39528	187	0,5	1055
7. "	38	29498	690	343	28748	84	0,3	677
8. "	26	13511	352	257	13159	64	0,5	382
9. "	49	22408	279	141	22129	1737	7,8	2718
10. "	43	25247	375	117	24672	619	2,5	2104
11. "	1	69261	671	671	68590	838	1,4	2416
Zus.	420	293871	4895	3073	288976	4364	1,5	12981

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

Von den 440 Verwaltungstellen des Verbandes haben 420 Berichte eingelangt. Folgende 20 Verwaltungstellen haben nicht berichtet: Greifswald, Tilsit, Slogau, Verfa, Friedrichroda, Gardelegen, Gotha, Göttingen, Koburg, Tangermünde, Schleswig, Münster, Koblenz, Neuwied, Ebingen, Lörrach, Nürtingen, Singen, Lindau und Pegnitz.

Der Mitgliederstand war nach den eingegangenen Berichten 288976, einschließlich der in der Berichtszeit Neueingetretenen und Zugeworbenen. Davon gingen während der Woche 4895 ab, so daß am Schlusse der Berichtswoche 288976 Mitglieder verblieben.

Die Zahl der zum Militär Einberufenen war auch in dieser Woche wieder größer als in der vorausgegangenen, nämlich 3073 gegen 2850. An dieser Zunahme waren im Vergleich mit der 39. Kriegswoche mit Ausnahme des 4. und 9. Bezirkes, die eine geringere Zahl der Einberufungen aufweisen, alle Bezirke beteiligt.

Die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Bezirken hat wieder nur geringe Veränderungen erfahren. Im allgemeinen ist die Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur Mitgliederzahl um 0,1 Prozent zurückgegangen. Dies ist bedingt durch die durch die umfangreichere Einberufung zum Heeresdienst verminderte Mitgliederzahl. Aber auch unter den Einberufenen werden bisher arbeitslose Mitglieder gemessen sein, die die Verhältniszahlen beeinflussen. Die Arbeitslosigkeit liegt um 0,1 Prozent im 8. Bezirk, sie ging um 0,1 Prozent zurück im 2., 4. und 10. Bezirk und in Berlin. Im 3. Bezirk nahm die Arbeitslosigkeit um 0,3 Prozent ab und in den übrigen Bezirken hielt sie sich auf der gleichen Höhe wie in der Vorwoche.

Heldinnen des Alltags.

Man spricht von namenlosen Helden und denkt dabei aber nicht nur oder überhaupt nicht an den Krieg, sondern an den Kampf ums Dasein, um die Erhaltung und Behauptung einer Stellung, um Vorwärtkommen und Aufstieg, um Entwicklung und Geltendmachung seiner Fähigkeiten, seines Wissens und Könnens, mit einem Worte von namenlosen Helden im Kampfe um das Leben. Wie viele solcher namenlosen Helden gab und gibt es immer in der sozialen Bewegung, die sich in der so überaus wichtigen und unentbehrlichen Kleinarbeit des Alltags aufreißt, ohne dafür wirtschaftliche Verrückung und andere Ehren zu ernten. Natürlich gibt es der namenlosen Helden im Kriege und gerade in dem furchtbaren gegenwärtigen Weltkriege viele Millionen, die Gesundheit und Leben aufs Spiel setzen und auch verlieren.

„Mensch sein, heißt Kämpfer sein.“ sagt Goethe und seine Worte gelten besonders auch den Frauen. Millionen Arbeiterfrauen und andere Proletarierinnen führen seit bald zehn Monaten mit geringen Mitteln, die sie als Kriegsunterstützung erhalten oder durch eigene Arbeit erwerben, die Haus- und Familienwirtschaft weiter, erziehen die Jugend, auf deren Gelingen die Zukunft beruht — jede von ihnen eine Heldin des Alltags und alle zusammen namenlose Heldinnen, deren Namen in ferner Zukunft kein Geschichtsschreiber des 20. Jahrhunderts melden wird. Aber heute sollte man ihnen überall mit Ehrfurcht und Anerkennung begegnen und ihnen in der Erfüllung obliegender schwieriger und wichtiger Aufgaben die weitestgehende Hilfe und Unterstützung gewähren.

Gewiß, die Frauen ziehen nicht in den Krieg, der nichts für sie ist, wenigstens nicht als Kämpferinnen mit allen den neuzeitlichen Waffen, die der Welt eines bestimmten Zeitabschnittes den Untergang bereiten. Aber die Frauen gehen als Wärterinnen und Pflegerinnen in die Lazarette, um da Werke der edelsten menschlichen Nächstenliebe zu verrichten, die Leiden und Schmerzen der Kranken und Verwundeten zu lindern und so schöne Heldentaten zu verrichten. Übrigens lehnte es auch ein Goethe ab, Kriegslieder zu schreiben, da für ihn nur Kultur und Barbarei Worte von Bedeutung seien; die Dichtung von Kriegsliedern sei etwas für Theodor Körner.

Siezen wir froh, daß nicht auch die Frauen in den Krieg ziehen, denn die Opfer würden dann doppelt oder dreimal so groß sein wie die des männermordenden Krieges und den Untergang ganzer Völker zur Tatsache machen.

Unsere Heldinnen des Alltags haben in ihrer Art Tag für Tag schwere Kämpfe zu bestehen. Das Einkommen ist klein, kleiner als es vor dem Krieg war, wo es schon auf keiner Seite recht langte und dazu ist alles furchtbar teuer; auch ist die drückende Teuerung noch immer nicht zum Stillstand gekommen, sie ist vielmehr eine Schraube ohne Ende und in steter Bewegung. In jüngster Zeit sind die Preise für Milch, Kartoffeln, Fleisch und für andere Artikel, zum Beispiel Leder und Schuhe, empfindlich weiter gestiegen und nur die

Mehl- und Brotpreise herabgesetzt worden, die aber immer noch bedeutend höher sind als vor dem Krieg. Wie die Preise für wichtige Lebensmittel in den letzten Monaten gestiegen sind und welche Höhe sie jetzt haben, brauchen wir hier nicht mehr in Zahlen anzuführen, sie sind aus der Tagespresse hinlänglich bekannt.

Durch die starke Steigerung der Lebensmittelpreise ist die Spannung zwischen dem Lohneinkommen und den Kosten der Lebenshaltung eine so große geworden, daß zahlreiche Einzel-, staatlische und gemeindliche Betriebe den Arbeitern Teuerungszulagen bewilligten. In Neuföhlen bei Berlin verlangten die städtischen Arbeiter eine wöchentliche Teuerungszulage von 3 M und sie begründeten ihre Forderung unter anderem mit dem Wochenhaushalt eines städtischen Arbeiters, der einen Wochenlohn von 30 M hat und für Frau und drei Kinder im Alter von 1 bis 8 Jahren sorgen muß, seine wöchentlichen Haushaltskosten betragen 32,57 M, wie einzeln nachgewiesen wurde. Dabei waren Feinerei Rücklagen für Neuanschaffungen und Ergänzungen in Kleidung, Mäße, Wirtschaftsgegenständen gemacht, Ausgaben für Bier, Zigarren, Jahrgelder und Zeitungen sind ebenfalls nicht enthalten. Dieser Wochenhaushaltsplan wurde als richtig anerkannt, es wurde auch festgestellt, daß etwa 50 Prozent der Arbeiter nur 27 M Wochenverdienst haben. Trotz alledem erfolgte die Ablehnung des Gesuchs.

Dagegen hat Charlottenburg den verheirateten Arbeitern und Angestellten ohne Kinder eine Teuerungszulage von 3 M im Monat und für die mit Kindern eine Zulage von 6 M für jedes Kind gewährt; die Kosten dieser Teuerungszulagen betragen rund 14000 M im Monat.

Hunderttausende und Millionen proletarischer Kriegerfrauen haben aber nur ein Einkommen von der Hälfte oder einem Drittel und noch weniger des Einkommens jener städtischen Arbeiter und es ist daher ohne weiteres klar, wie sie sich einschränken und im Haushalt wahrhaft „künstlerisch“ verfahren müssen, um dabei fortbestehen zu können. Um so überraschender ist die Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, die in Nordhausen (und auch in allen anderen Gemeinden dieses Regierungsbezirks) vom städtischen Wahlschrittsausschuß jeder Arbeiterkriegerfrau bei der Erhebung ihrer Unterstützung übergeben wurde und die lautet: „Bislang sind bereits in der Spezialzeit Klagen darüber laut geworden, daß Frauen, deren Ehemänner im Felde stehen und welche auf Grund der Kriegsgesetze vom 28. Februar 1893 und 4. August 1914 Unterstützung erhalten, müßig gehen und ein leichtfertiges, zurzeit sogar unästhetisches Leben führen, anstatt mit den gewählten Beträgen sparsam zu wirtschaften und durch eigene Arbeit ihre Einnahmen womöglich zu erhöhen. Andererseits ist vielfach die Erscheinung zu beobachten, daß Frauen der einberufenen Soldaten besser gestellt sind als in Friedenszeiten, wenn ihre Ernährer zu Hause sind. Manche Frauen, namentlich die Frauen der Fabrikarbeiter, erhalten Unterstützung vom Reich und von den Kommunen, ferner Unterstützung von den Fabriken, in denen ihre Ehemänner vor der Einberufung arbeiteten; außerdem schicken ihre Ehemänner Geld nach Hause und schließlich gehen die Frauen auch wohl noch selbst zur Arbeit in andere Fabriken. Diese reichlichen Geldmittel werden dann, wie nicht selten beobachtet worden, unwirtschaftlich verwendet, namentlich in den Städten im Genuße von Lokereien und Kuchen, auch in Restaurationen, Vergnügungstokalen, namentlich in Kinos vergeudet.“ Und das Wohlfahrtsamt fügte hinzu: „Bei etwaigen Bekannthwerden von Fällen, wie in vorstehender Verfügung angegeben, werden wir ohne weiteres die staatlische und städtische Beihilfe in Abzug bringen.“ In der Tagespresse ist dazu bemerkt worden, daß diese Verfügung gewiß nicht im Sinne der Staatsregierung in Berlin liegt und daß sie wohl ihren Rückzug veranlassen wird. Wir haben seitdem von einem solchen Schritte nichts gehört.

Etwas weiter noch als der Magdeburger Regierungspräsident ist der preussische Landtagsabgeordnete Wenke im Hirschberger Stadtverordnetenkollegium gegangen, der meinte, man solle an die im Felde stehenden Männer die Aufforderung richten, nach Hause zu kommen und die Ehefrauen mit dem Stock zur Vernunft zu bringen. Der Votum aus dem Riesengebirge veröffentlichte dann den ungefähr auf den Ton des Herrn Wenke gestimmten „Hofschrei“ eines Hausbesizers gegen die „gut befohlenen Kriegerfrauen“, die trotz der „guten Befolgung“ und der Löhnung des Mannes keine Miete zahlen, sondern in die Schuladengeschäfte und Konditoreien laufen und dort das Geld verpulvern. Die Hausbesitzer wurden aufgefordert, solche Frauen zu melden, damit die Unterstützung einbehalten werde.

Es ließen sich noch weitere zahlreiche „Kundgebungen“ solcher Art gegen die mitummer und Sorge schwer ringenden Frauen der im Kriege für das Vaterland ihr Leben einsetzenden Arbeiter anführen, aber die vorstehenden paar Muster dafür, wie es nicht gemacht werden sollte, mögen genügen. Es hat sich auch in dem genannten fortschrittlichen Blatte ein im Felde stehender Landsturmmann mit folgendem ernstem und bitterem Briefe dagegen gewendet, der so lautet: „Dem Artikel betreffend Mietezahlung und Selbstvergeudung der Kriegerfrauen möchte ich, als ein im Felde stehender, ganz energisch widersprechen. Was zurecht die gute Befolgung der Kriegerfrauen betrifft, möchte ich bemerken: Gewiß wird den bedürftigen Frauen eine Unterstützung gewährt, die zwischen 9 und 22 M schwankt, für jedes Kind 6 M. Bei den heutigen Lebensmittelpreisen und Mieten reicht das aber kaum für den allmündigsten Lebensunterhalt. Wenn dann der Gatte von seinem Sold, der 15,90 M monatlich beträgt, wovon er seinen persönlichen Bedarf zu decken hat, wirklich ein paar Mark nach Hause schickt, so wiegt das gewiß lange nicht die vielen Pakete auf, die dem Mann von der Frau ins Feld geschickt werden, wozu auch Schulgelder gehören, die von den Kriegerfrauen gar nicht für den eigenen Bedarf gekauft wird. Und was die Mietezahlung anbetrifft, so werden die, die fähig sind, bezahlt, ohne daß die Krieger oder ihre Frauen auch nur ein freundliches Wort dafür zu hören bekommen. Uns draußen, die wir in schwersten Rängen stehen, das je die Welt sah, berühren diese Angriffe auf unsere Daseins-

gebliebenen sehr eigenartig. ... Daß ein ganz vereinzelter Fall vorkommen kann, wird niemand bestreiten, doch sollte man sich doch lieber um eigene Schuldkonto kümmern.“

Damit ist durch den schlichten Mann aus dem Volke den armen bedauernswerten Kriegerfrauen die verdiente Gerechtigkeit und Anerkennung zuteil geworden.

Wir ehren diese Millionen Heldinnen des Alltags, denen das Vaterland nicht dankbar genug sein kann!

Die Kapitalisten und die Internationalität.

In einer beachtenswerten Arbeit unseres Kollegen Otto Hue über „Eine kapitalistische Internationale“, den die Arbeiter-Zeitung in Dortmund in ihrer Nummer 89 vom 17. April brachte, hieß es:

„Der nach meiner Ansicht jetzt müßigen Frage: „Was wird aus der Arbeiterinternationale?“ muß man die Gegenfrage anreihen: „Was wird aus der kapitalistischen Internationale?“ Das nach sozialistischer Auffassung naturnotwendige Hinübergreifen der kapitalistischen Unternehmung über die Grenzen des Ursprungslandes hinaus hat ebenfalls naturnotwendig die Internationale der Lohnarbeiter erzeugt. Würde jene durch den Krieg endgültig auf ihr Ursprungsland beschränkt, wären nun die internationalen kapitalistischen Fäden dauernd zerrissen, dann wäre auch der natürliche Antrieb zur Wiederaufrichtung der Lohnarbeiterinternationale ausgeschaltet. Das eine ist, vom entwicklungsgeographischen Standpunkt aus beurteilt, ausgeschlossen, auch nicht wünschenswert, woraus sich das andere von selbst ergibt.“

Hue greift dann die weit verzweigte internationale Verpflanzung eines gewaltigen kapitalistischen Unternehmens heraus, die Deutsche Bank. An Hand des letzten Geschäftsberichts schildert er die ausländischen Beziehungen der Deutschen Bank: „Bereits 1873 gründete sie in London eine Filiale. Doch trat sie erst eigentl. nach Ablauf des 19. Jahrhunderts in den Wettbewerb mit den ausländischen Großbanken ein und wurde nun einer der vornehmsten Träger des imperialistischen Gedankens in Deutschland. Ihr Spezialgebiet wurde die wirtschaftliche Erschließung des Orients. 1899 ist eine Filiale in Konstantinopel gegründet worden. Die Anlage von Eisenbahnen in Kleinasien (Bagdadbahn und so weiter), auch die Finanzierung anderer Unternehmungen zur wirtschaftlichen Aufschließung des in dieser Hinsicht ziemlich total vernachlässigten türkischen Landes ging, sowie die Vermittlung von türkischen Staatsanleihen, größtenteils von der Deutschen Bank aus. Eine solche Betätigung mußte unter den obwaltenden Konkurrenzverhältnissen die englischen und französischen Kapitalistenkonkurrenten, die die wirtschaftliche Beherrschung namentlich des zukunftsreichen Landes im Gebiete der Flüsse Euphrat und Tigris und am persischen Meerbusen als ihre ältere Domäne betrachteten, „beunruhigen“ und sie fannen auf „Abhilfe“. Inwieweit speziell die Unternehmungen der Deutschen Bank im Orient — die kurz vor dem Kriege auch zur Einrichtung einer Filiale dieser Bank in Bagdad geführt hatten — die nun zutage getretene leidenschaftliche Feindschaft der britischen Kapitalisten gegen Deutschland besonders aufgeschwächt haben, wird nach dem Kriege zu untersuchen sein. Auf alle Fälle ist aber eine an sich friedliche wirtschaftliche Aufschließungsarbeit, wie sie die Deutsche Bank im Orient durch den Bau von Eisenbahnen und ähnlichen Kulturanlagen betrieben hat, gerade vom sozialistischen Standpunkt aus ein „kolonialpolitisch“ von der Art der britischen Burenübermächtigung und der französischen Marokkoveroberung unbedingt vorzuziehen. Und dann können wir, wie immer wir zum Kapitalismus stehen, doch den britischen, französischen oder russischen Kapitalisten nicht das Recht einräumen, den anderen die Grenzen ihres Betätigungsfeldes vorzuschreiben. Des weiteren übernahm die Deutsche Bank 1910 das Brüsseler Bankhaus Wasser & Co. und betrieb es nun ganz auf eigene Rechnung. Während die Londoner Filiale bald nach Kriegsausbruch ihren Betrieb einstellen mußte, nahm ihn die Brüsseler bald nachdem wieder auf und bediente ihre „deutsche und belgische Kundenschaft“. — Durch Kommanditeinlagen oder Aktienbesitz ist die Deutsche Bank ferner verbunden mit dem Bankhaus Rosenfeld & Co. in Wien, der Deutschen Überseebank und der Deutschafrikanischen Bank. Die hierdurch angeknüpften internationalen Beziehungen sind unüberschaubar vielfältig.“

Hue schildert dann die weiteren internationalen Beziehungen, die dadurch entstehen, daß Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank mit anderen Bank- und Fabrikgeschäften der ganzen Welt in Berührung stehen. Wie in einem Spinnengewebe sind so die kapitalistischen Fäden verknüpft. Das Bild der Deutschen Bank gibt nur ein Beispiel von dem kapitalistischen Betriebe unserer Zeit, viele andere könnten beliebig angezogen werden. Hue kommt mit Recht zu dem Schlusse:

„Weil die kapitalistische Internationale durch den Krieg nur gestört, nicht zerstört ist, sondern alsbald nach Friedensschluß so schnell wie möglich die Arbeit wieder aufnehmen muß, deshalb ist auch die Sorge über das Frohlocken über den Zusammenbruch der Arbeiterinternationale“ überflüssig oder kindisch. Die eine wie die andere Internationale hat ihre weltgeschichtliche Mission zu erfüllen. Darum wird auch die Arbeiterinternationale die kriegerischen Strömungen überwinden, rascher als die Kleingläubigsten zu hoffen wagen.“

Für ihren Teil wenigstens scheint nun schon die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung „umgelernt“ zu haben, die bisher ein überaus andere Mal von dem „vollen und endgültigen Zusammenbruch der sozialistischen Arbeiterinternationale“ zu reden wußte. Für ihren Teil und soweit die kapitalistische Internationale in Frage kommt, freilich umschreibt die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung in ihrem Artikel „Was ist Nationalität?“ die Dinge, sie spricht mehr von Kunst und Wissenschaft als von den so überaus wichtigen Fragen des Handels und Verkehrs, wenn sie jetzt doch einer „gemässigten Internationalität“ das Wort redet. Doch merkt ja jedes Kind gleich, daß auch der Esel gemeint ist, wenn einer auf den Esel schlägt. Das Berliner Latenehrblatt schreibt (Nummer 16 vom 18. April):

„In England und Frankreich haben zahlreiche Vertreter der Kunst und Wissenschaft die nationalen Gesichtspunkte so stark über-

schädi, daß sie für einen Abbruch aller Verbindungen mit den Landesfeinden auch auf diesem Gebiet eingetreten sind. In Deutschland hat man ein solches Vorgehen mit Recht verurteilt, man hat erklärt, daß es eben auch einen wohl begründeten Internationalismus gibt, vor dem sogar das Nationalgefühl zurücktreten müsse. Und nicht allein um Kunst und Wissenschaft handelt es sich; wir wissen auch im übrigen, daß die Völker mit tausend kulturellen und wirtschaftlichen Interessen aufeinander angewiesen sind, und daß ein Zustand, in dem das Nationalitätsprinzip zu einer völligen Scheidung der einzelnen Völkergruppen führen würde, ein ungeheures Unglück für die ganze Menschheit, ja das Aufheben jeder weiteren Entwicklung bedeuten würde! Schon lassen sich auch aus den verschiedensten Lagern Stimmen vernehmen, die selbst in dieser Zeit hochgespannter Nationalitätsempfindung daran erinnern, daß eine gewisse Internationalität doch wohl ihre Berechtigung besitzt und daß man daran denken sollte, wie man sich einmals, nach beendigtem Kriege, wieder die Hand reichen wolle und müsse.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung ist dann aber vorsichtig und unterscheidet gehörig, und so kommen Gruppen heraus, wobei dann die Sozialdemokraten wieder zu den Böden geraten. „Der nationale Staat erlaubt kein Zerschneiden und Schwanzen, am wenigsten „einen Staat-in-Staate“ oder irgend welche Tendenzen, die nach seiner Machtvollkommenheit nach außen hinwirkend sein können.“ Das ist ja reichlich verschwommen, doch soll es sicher nicht den Unternehmerartikeln und sonstigen kapitalistischen Monopolgebilden gelten.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung will dann über das Wesen der Nation Klarheit schaffen, wobei sie erklärt, bei einer besonders gründlichen Erörterung über die Begriffe Nation und Nationalität quelle die Erkenntnis zutage, daß in erster Linie der feste Wille, die Freiheit und Selbstständigkeit, sich durch einmütiges Zusammenstreben zu behaupten, den Urgrund wirklicher Nationalität bedeute. Auf dem Boden liege der Schwerpunkt, der feste Wille, die nationale Gefinnung seien die Grundpfeiler des nationalen Bauwerks. Weiter heißt es, der Ernst des Lebens sei es, was Nationen schaffe, Staaten gründe oder beide untergehen lasse. Wir kennen ja die Art des Berliner Matthes, gelehrt tuend mit Worten um sich zu werfen, „denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“ Es läme ja vor allem darauf an, zu untersuchen, woher den Menschen wie den besonderen Nationen ein jeweilig bestimmter Wille kommt, doch mit solchen Kleinigkeiten gibt sich die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung nicht ab. Es heißt zwar: „Wir sprechen von der Nationalität, von Nationalpreisen, in höherem Sinne von einem nationalen Stil, einer nationalen Kunst, und wir sind stolz darauf, als die Nation der Dichter und Denker bezeichnet zu werden; die nationale Sprache ist uns ein hohes Kleinod; die Summe der gemeinsamen Erinnerungen ist das heilige Band, das die Nation umschlingt; die Liebe zu unserer schönen Heimat verleiht dem nationalen Empfinden ein besonders tiefes und poetisches Gepräge. Alle diese und viele andere Dinge, vom Niedrigsten bis zum Höchsten, machen zusammen das aus, was wir unter der nationalen Kultur verstehen.“ Über solche Bedingungen kann jedes Volk für sich anführen, sie erklären noch lange nicht, warum das eine Volk in seiner Wesenheit zurückgeht und ein anderes vorschreitet. Der Wille eines Volkes kommt eben nicht aus den Wolken, sondern er ist der Ausdruck bestimmter Spannungsverhältnisse, etwa wie das Thermometer die Temperatur anzeigt oder der Geschmack, was ein Körper an Stoffen verlangt. Und wie der Geschmack irreführen kann, kann auch der Wille irreführen. Mit den paar oberflächlichen Redensarten der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung sind die schwierigen Fragen lange nicht erschöpft.

Weiter hören wir, der glühendste Lobredner des Nationalgefühls werde nicht verlernen, daß eben mit ihm und daran anknüpfend sehr gut eine gewisse Internationalität bestehen könne. „Behalte dem Volk, das sich für die alleinige „Große Nation“, für die alleinige Beherrscherin der Welt, für die einzige Hüterin aller Kulturschätze hält! Du Bois-Reymond erinnert daran, daß es immer die besten Vaterlandsfreunde gewesen sind, die ihrer Nation unerbittlich die härtesten Wahrheiten gesagt und ihnen die fremden Quellen ihrer Kultur und die vorzüglichen Eigenschaften auch anderer Nationen vorgehalten haben. In allen Dingen also, die sich auf die Kultur beziehen, wollen wir das weiteste Entgegenkommen zeigen, und es liegt in der deutschen Eigenart, daß wir ohnehin geneigt sind, die Kulturverdienste anderer Nationen bereitwillig anzuerkennen.“

Ja, aber wenn die Sozialdemokratie den regierenden Volksschichten harte Wahrheiten sagte, ist dies doch oft genug von den Seiten um die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung als Hochverrat und was sonst alles verdächtigt worden! Möge sich da auch die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung an die Brust schlagen. Wir können dem zu, was sie schreibt: Kein Volk hat ein unüberäußerliches Menschenrecht darauf, aller Veränderung und Entwicklung gegenüber eine zeitweilige Stellung für immer zu behalten, aber man weiß doch, wie es so geht: wenn in der gleichen Straße irgend einer beliebigen Stadt zwei Geschäftsläden nebeneinander sind, sind sie oft genug auch zugleich erbitterte Feinde. Diese Feindschaft hat aber doch nur Sinn für den beschränkten Wettbewerb. Sie läßt uns aber verstehen, daß auch im großen in Geldsachen die Gemütslichkeit aufhört. In der kapitalistischen Welt ist dies allemal so. Wenn jetzt die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung ihrem beschränkten Internationalismus das Wort redet, so freuen wir uns dessen. Wissen wir doch, daß auch da der Wille der Unternehmer nicht mächtig genug ist, die wütenden Kräfte anzuhalten, wo sie es für angebracht finden. Es bleibt schon so: die kapitalistische Internationale bedingt die sozialistische Arbeiterinternationale. Und der Sozialismus wird uns über den Kapitalismus hinausführen.

Kriegs- oder Steuerzulagen zum Arbeitslohn im ersten Bezirk.

Die riesige Steigerung der Lebensmittelpreise hat uns Veranlassung gegeben, bei den Unternehmern, wo es nur irgend möglich ist, Entzuges auf Lohnzuschüssen oder Zulagen zu stellen. Um so mehr hatten wir Veranlassung dazu, als die Unternehmer durch die Kriegszulagen zum großen Teil geradezu riesige Gewinne einflecken. Daher haben wir uns in erster Linie an die Unternehmer gewendet, die Kriegszulagen haben. Die Anträge und die Verhandlung unserer Anträge war natürlich sehr verschieden.

Zunächst sei mitgeteilt, daß die im pommerischen Regierungsbezirk gelegenen Eisenwerke in Prenzlau 2 Betriebe, Papeham 2 Betriebe, Fargelow 14 Betriebe, Ustermünde 2 Betriebe, Walsen 2 Betriebe, folgende Zulagen bewilligt haben: Für die in Stundenlohn beschäftigten Arbeiter unter 18 Jahren und über 18 Jahre 1.-M die Woche, über 18 und unter 60 Jahren 1,75-M die Woche. Die Abstände sind zum Teil neu geregelt. Diese Firmen sind mit wenigen Ausnahmen dem Verband der Eisenwerke Pommerns und der angrenzenden Gebiete angeschlossen, und mit dem Vorstand dieses Verbandes fanden die Verhandlungen der Bezirksleitung unserer Organisation und des hiesig-Danischer Gewerbezweigs statt. Es sind also Zulagen für die in Stundenlohn beschäftigten Arbeiter und Handwerker bewilligt. Die Arbeiter, besonders die Formen, haben Abstände bewilligt erhalten, die einen ungünstigen Vergleich ergeben. Es ist auch noch die Bestimmung getroffen, daß wenn Lohnarbeiter vorübergehend Afford haben, die Kriegszulage nur dann wegfällt, wenn der Affordüberwerb mehr als das Doppelte der

Kriegszulage beträgt. Das, was die Verbandsfirmen bewilligt haben, ist von den anderen Unternehmern dann auch zugesagt worden.

Die Kaiserliche Werft in Danzig (und auch Wilhelmshaven) hat auf Vorstellung des Arbeiterausschusses folgende Zulagen bewilligt: Für Stundenlöhner mit Familie 5 1/2 die Stunde, alleinstehende 3 1/2, Arbeiterinnen mit Familie 1 1/2, alleinstehende 2 1/2 die Stunde. Dabei ist noch die Bestimmung getroffen, daß, wenn ein weiteres Steigen der Lebensmittelpreise eintritt, die Zulage erhöht werden soll. Grundlage für die Beurteilung dieser Steigerung soll die Calversee Ausstellung der Lebensmittelpreise sein.

Besonders erfreulich ist das Verhalten der Firma Schicht in Danzig und Elbing, die im Gegensatz zu (meines Wissens) allen anderen Werften bewilligt hat: Für Jugendliche unter 18 Jahren und Lehrlinge 1.-M, Unverheiratete und Militärlöhner 1,50-M, verheiratete Handwerker und Arbeiter 2.-M und für jedes Kind unter 14 Jahren 50 1/2 in 14 Tagen. Es ist ja recht knapp mit der Zulage, immerhin aber doch einiges Entgegenkommen.

In Königsberg haben einige Firmen recht nennenswerte Zugeständnisse gemacht, darunter auch die Union-Gießerei und Lokomotivfabrik L.-G., die sogar Affordarbeiten Zuschuß gibt. Die Zulage sollte vom Mai an bezahlt werden, der Arbeiterausschuß ist jedoch vorstellig geworden, um die Zulage rückwirkend vom April an zu fordern. Die Antwort steht zurzeit noch aus. Die Union bewilligte: für verheiratete Lohnarbeiter 12.-M, verheiratete Affordarbeiter 8.-M, ledige Handwerker und Arbeiter 6.-M, Lehrlinge 3.-M den Monat. Weiter bewilligten Zulagen in Königsberg: Sibati 1,20-M den Tag, Allzeit 10 Prozent, Eisenmöbelfabrik 20 1/2 die Stunde, Kummé 3 bis 5.-M die Woche, Neumann ein Drittel bis zwei Drittel Mehrverdienst, woran aber nur zwei Drittel der Arbeiter teilnehmen, Schrödter 5 Prozent, Fierke 25 Prozent. Bewilligt haben nicht: Steinfurth, Philipp.

In Stettin ist es bisher einzig der Betrieb von Gebrüder Stöcker, der eine Zulage bewilligt hat. Daß die Dreher 5 Prozent mehr bekommen als die anderen Arbeiter liegt daran, daß die Arbeiterklasse jetzt häufig schlecht ausfallen und daher Zuschuß und Zeitverlust entstehen. Die Firma hat bei der Niederschrift der Zugeständnisse allerdings auch zum Ausdruck gebracht, sie erwarte, daß die Erzeugungsmenge sich vergrößere, daß das Personal, besonders an Drehern, sich nicht verringere und die notwendigen Überstunden geleistet werden, namentlich auch die Nachtarbeit vom Freitag zum Sonnabend von allen verfügbaren Kräften. Die Firma bewilligte 10 Prozent Kriegszulage für Lohn- und Affordarbeiter, 5 Prozent mehr für Dreher als Ersatz für Materialschäden. Mit der Firma Stöcker, L.-G., wird noch verhandelt.

Wenn nun in Stettin einiges Wenige erreicht ist, so steht dem die Knauferei, und das muß gesagt werden, Ungerechtigkeit in der Bezahlung der Arbeiter in anderen Großbetrieben und sogar in einem Niesenbetrieb gegenüber. Die große Seeschiffswerft Vulkan in Stettin (und Hamburg) hat nichts für die Arbeiter übrig! Sie verlangt aber Überstunden über Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Dabei werden in Stettin Löhne bezahlt, die zum Teil erbärmlich niedrig sind. Gewiss, es mag zutreffen, daß die Affordverdienste sich hier und da erhöht haben, und wohl auch das Gesamteinkommen, aber doch nur durch Überanstrengung oder Überzeitarbeit. Und noch nicht einmal den ständig in Stundenlohn arbeitenden Kollegen ist etwas bewilligt — die sollen nun nach Möglichkeit auch in Afford arbeiten. Unsere Bemühungen sind ja noch nicht zu Ende, aber es ist so gut wie keine Aussicht auf Erfolg. Und das alles bei den Staatsaufträgen, die dieser Niesenbetrieb auszuführen hat. Die Einstellungslohn sind seit 1910 noch nicht erhöht worden, und auch jetzt wieder wurde die Erhöhung abgelehnt. Wenn nun die Arbeiter die Überstunden verweigern wollten — wie würden die Herren sich über die „mangelnde Vaterlandsliebe“ der Arbeiter äußern!

Fast auf derselben Höhe steht die Verweigerung der Kriegszulage bei den Firmen Kommit in Elbing, Steinfurth in Königsberg, Dolberg in Kostritz und in Wismar in der Waggonfabrik und bei Podemus. Alle diese Firmen liefern Kriegsbedarfartikel, alle Kugeln dürften die fettesten Verdienste haben, aber den Arbeitern das Leben in der Zeit dieser furchtbaren Teuerung erleichtern — ach nein, das machen die Herren nicht. Es soll gar nicht verallgemeinert werden, es gibt ja Leute in diesen Betrieben, die lohnende Arbeit haben, aber den schlechtest bezahlten Lohnarbeitern müßte denn doch geholfen werden. Daß es möglich ist, hüten ja die bereits ausgeführten und die folgenden Bewilligungen, woraus ersichtlich ist, daß jeder Betrieb nach seiner Eigenart und nach seinen Lohnverhältnissen die Zulagen regeln kann. Es wurden noch Bewilligt in Stettin: Löhner, L.-G., Erhöhung der Löhne von 33 auf 45 1/2 in Grundlohn bei Westki und bei Herzfeld & Sutorius Regelung der Löhne der älteren Arbeiter: in Schmelzmühl bei den Albarswerken Erhöhung der Löhne und Steigerung aller vier Wochen: in Stolp wurden bei Nitzsche die Löhne der jungen Arbeiter um 3 1/2 die Stunde erhöht. Es ist nur zu wünschen, daß ich noch einen Bericht liefern kann, der mehr und besseres bringt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Streitigkeiten zu vermeiden und eine geregelte Zeitschlichtung zu erzielen, werden wir hiermit bekannt, das mit Sonntag dem 30. Mai der 23. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Mai bis 5. Juni 1915 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsrat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat 15 1/2 pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat die Entziehung parlamentarischer Rechte zur Folge.

Für nicht wieder anzahlungsfähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsrats in Bielefeld:

Der Metallarbeiter Karl Strothmann, geb. 2. Mai 1855 zu Senn, Sach-Nr. 202226 und

der Metallarbeiter Johann Bengjafsch, geb. 8. April 1858 zu Friedland, Sach-Nr. 1967361 — beide wegen unkollegialen Verhaltens.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Bismarckstr. 16a zu adressieren. Geldsendungen adressiert man an Herr Dr. W. W. W. W., Stuttgart, Bismarckstr. 16a; auf diese Postadresse ist genau zu bemerken, wofür das Geld verzinshaltig ist. Bei Geldsendungen an städtische Verwaltungen ist das der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Berichte.

Metallarbeiter.

Berlin. So haben Bewegung der Zigarettenmaschinenführer. Für diese Sondergruppe von Metallarbeitern wurde erstmalig vor zwei Jahren ein Tarifvertrag abgeschlossen. Es wurden aber nur Einzelverträge mit jeder Firma abgeschlossen. Diese Tarifverträge liefen sämtlich im Jahre 1915 ab. Da es in Berlin ungefähr 30 Zigarettenfabriken gibt und mit jeder Firma einzeln verhandelt werden mußte, waren diese Verhandlungen recht umständlich und zeitraubend gewesen. Es bedeutete deshalb eine gewisse Erleichterung der Verhandlungen, ohne daß auch nur im geringsten eine Schädigung für die Arbeiter eintrat, als eine Anzahl der Zigarettenfabriken sich zu einem Verband zusammenschloß und nunmehr mit diesem Verband die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Vertrages geführt werden konnten. Die durch eine gemeinsame Kommission geführten Verhandlungen brachten nach mehreren recht ausgedehnten Sitzungen auch eine Verständigung, so daß eine Vorlage zustande kam, die den Auftraggebern zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollte. Die Zigarettenmaschinenführer waren am Donnerstag dem 6. Mai zur Beschlußfassung in einer Versammlung in den Mühlentälern und beschloßen nach längerer Beratung, den Vorschlägen der gemeinsamen Kommission ihre Zustimmung zu geben. Auch die Fabrikanten haben in einer Versammlung ihre Zustimmung gegeben. Der Tarifvertrag, der nun mit Zustimmung der Arbeiter und der Fabrikanten in Kraft treten soll, enthält unter anderem folgende Bestimmungen: Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden, Sonnabends sowie an den letzten Arbeitstagen vor den gesetzlichen Feiertagen 7 Stunden. Es wird also die Woche 52 Stunden gearbeitet. Für Ableistung von Überstunden, deren Notwendigkeit auch noch besonders geregelt ist, werden für die ersten zwei Stunden 25 Prozent, für jede weitere Überstunde 50 Prozent gezahlt. Der Einstellungslohn für geschickte Maschinenführer beträgt 60.-M die Woche. Dieser erhöht sich nach Ablauf von drei Monaten auf 62,50.-M die Woche, von da an in je weiteren drei Monaten steigend auf 65.-M, 67,50.-M, 70.-M, 72,50.-M. Anzulernende Maschinenführer erhalten einen Einstellungslohn von 47,50.-M die Woche, nach drei Monaten wird der Lohn auf 50.-M erhöht, nach weiteren drei Monaten auf 55.-M. Von da an von drei zu drei Monaten steigend um 2,50.-M die Woche bis zu 60.-M. Von da an treten dieselben Erhöhungen wie bei geschickten Maschinenführern in Kraft, vorausgesetzt, daß der Auszubildende die Bedingungen eines tüchtigen Maschinenführers erfüllt. (Diese Bedingungen sind in einem besonderen Abjag geregelt.) Des weiteren ist auch die Ferienfrage geregelt, und zwar in folgender Weise: Die Ferien fallen in die Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September. In dringenden Fällen, soweit es die Betriebsweise erfordert, sind Abweichungen von diesem Zeitraum zulässig. Wer am 31. Dezember im Betrieb war, erhält für das kommende Jahr sechs Arbeitstage; Ferien. Die Ferien steigen von Jahr zu Jahr nach Ablauf des ersten Jahres um zwei Arbeitstage, bis zu einer Urlaubsdauer von zwölf Arbeitstagen. Wer am 1. Mai im Betrieb war, hat Anspruch auf drei Tage Ferien bis zum laufenden Jahr. Die Arbeitsvermittlung ist vollständig neu geregelt, indem für die Gruppe der Zigarettenmaschinenführer ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet ist, dem für seine Tätigkeit folgende Bestimmungen als Richtschnur unterbreitet sind: „Zum Zweck der Vermittlung von männlichen Arbeitskräften für die Bedienung der Zigarettenmaschinen in den Zigaretten- und Zigarettenhülfsfabriken Groß-Berlins wird ein paritätischer Arbeitsnachweis errichtet, der gemeinsam vom Verband der Zigaretten- und Zigarettenhülfsfabriken Groß-Berlins und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband verwaltet wird. Der Sitz des Arbeitsnachweises ist das Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin, Linienstraße 83/85. Die Arbeitsvermittlung wird gemeinsam von je einem Vertreter der vertragschließenden Parteien ausgeübt. Alle für die Bedienung der Zigarettenmaschinen und Zigarettenhülfsmaschinen notwendigen männlichen Arbeitskräfte werden ausschließlich durch diesen Arbeitsnachweis vermittelt, und zwar nur zu den im Tarifvertrag der Zigarettenmaschinenführer festgesetzten Bedingungen. Die Arbeitsvermittlung erfolgt der Reihe nach, wie die Anmeldeungen der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer eingetragen sind, wobei allerdings die besonderen Bedürfnisse der Arbeitgeber sowie auch die besonderen Fähigkeiten der Arbeitnehmer berücksichtigt werden sollen. Der Arbeitsvermittler darf nur solche Arbeitslose eintragen, die entweder arbeitslos sind oder nachweislich im Kündigungsverhältnis stehen. Meldet sich ein Arbeitsloser, der ohne Einhaltung seiner Kündigungsfrist seine Stelle unbedingterweise verlassen hat (§ 123 der Gewerbeordnung), dann ist derselbe vom Arbeitsvermittler anzuhalten, seine kontraktlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Weigert sich der Arbeitslose, dann darf derselbe vor Ablauf seiner Kündigungsfrist keine Arbeit vermittelt werden. Sollte dagegen der Arbeitgeber sich weigern, den Arbeitslosen weiter zu beschäftigen, dann darf der Arbeitslose sofort vermittelt werden. Ist der Arbeitsnachweis nicht in der Lage, innerhalb zwei Wochen dem Fabrikanten Arbeitskräfte zu vermitteln, so ist es dem Fabrikanten freigestellt, sich selbst Arbeitskräfte zu beschaffen, doch muß auch dieses nachträglich dem Arbeitsnachweis mitgeteilt werden. In besonderen Fällen können die Arbeitsvermittler zulassen, daß die Wartzeit auf drei Tage ermäßigt wird. Über die Einzelheiten der Vermittlung betreffend Tageszeit der Vermittlung usw. verpflichten sich die Arbeitsvermittler untereinander und wird das Ergebnis dieser Verständigung als Reglement den Interessenten bekanntgegeben. Die Aufsicht über den Arbeitsnachweis führt die Schlichtungskommission.“ Für die Schlichtung etwaiger Streitigkeiten aus dem Tarifvertrag ist eine Schlichtungskommission mit dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts als letzte Instanz eingesetzt worden. Über die Dauer des Vertrages ist bestimmt, daß er, beginnend mit dem 1. Mai 1915, bis zum 30. April 1917 Gültigkeit hat. Schließlich hat dann noch der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Verpflichtung übernommen, sich zu bemühen, mit allen außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehenden Zigarettenfabriken Groß-Berlins denselben Tarifvertrag zur Annahme zu bringen.

Rundschau.

Reichstag.

Als im März dieses Jahres die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages einstimmig beschloß, daß die Volksvertretung nicht über den Mai hinaus verlagert werde, wollte sie namentlich verhindern, daß die benannten Vorkämpfer der Nation im weiteren Verlauf der Dinge ausgeschaltet würden. In erster Linie geschah das im Hinblick auf die Möglichkeit von Friedensverhandlungen. Denn entgegen dem Geschehniß der ausländischen Verkunder, die nicht müde werden, die deutschen Sozialisten als Kriegsheker hinzustellen, ist die deutsche Sozialdemokratie heute wie immer friedensfreundlich und hat alles, was sie konnte, getan, um die Friedensnegotiation auch im Auslande zu fördern, ohne damit freilich auf Gegenliebe zu hoffen. Als sich unsere Volksvertreter zum letztenmal trennten, hegte man die Hoffnung, daß um Pfingsten herum ernsthaftes Friedensverhandlungen würden eingeleitet werden können. Jetzt aber stehen wir tatsächlich vor der Gefahr eines neuen Aufkommens der Kriebsleidenschaft infolge des Eingetretens von Italien. Statt daß Italien in dieser schweren Zeit seiner dreißigjährigen Bündnispflicht wenigstens insoweit treu geblieben wäre, daß es sich nicht verhielt, tritt es nunmehr ganz offen auf die Seite unserer Feinde und schleicht wie der Abgrundräuber im Schuppenhütchen über die Szene, um seinen Verbündeten das Messer in den Rücken zu bohren. Während wir diese Hellen schreien, treten in Rom die Abgeordneten der Kammer und die Senatoren zusammen, um von der Regierung die letzten Erklärungen zu hören und dem betörten Volke die Komödie vorzuspielen,

als ob die Entscheidung über Krieg und Frieden in jenem „parlamentarisch regierten“ Land im Gegensatz zum wilden Barbarenstaat Deutschland von der Volkstretung abhänge. In Wirklichkeit ist das nicht der Fall: die Regierung und mit ihr im Bunde die Strahe haben in der letzten Zeit das mit italienischer Politik in der Regel verbundene Geräch vollzogen, während die Leitung der Dinge in den Händen der französischen und russischen Volkshäcker unter gültigem Beistand ihrer englischen Kollegen lag. Wenn erst einmal die Geheimgeschichte der römischen Vorgänge während des Kriegs ans Licht kommt, wird die Welt mit Staunen erfahren, was in einem auf keine andere „demokratischen“ Einrichtungen so überaus stolzen Land wie Italien geschehen konnte.

Die Entscheidung, von der niemand in diesem Augenblicke mehr hoffen kann, daß sie im Sinne des Friedens ausfallen werde, wird längst bekannt sein, wenn diese Zeilen vor den Augen unserer Leser liegen. Es wird dann der frivolste Eroberungskrieg bereits ausgebrochen sein, von dem die neuere Geschichte zu melden weiß. Italiens Eingreifen in den Weltkrieg an der Seite der Dreiverbandsmächte ist reinster „Imperialismus“, reinste Räuberei! Weil seinen räuberischen Instinkten beim Verharren in dem Dreiverband — der ja angeblich die Verkopplung der Eroberungspolitik sein soll — nicht genug Spielraum kleibt, deshalb trennt sich in der schwersten Stunde Italien von seinen Verbündeten, um sein Heil auf der andern Seite zu suchen.

In einer knappen und rein sachlichen Rede hat der Reichstanzler im Reichstag die italienischen Dinge kurz dargelegt, sagend noch in der zwölften Stunde eine Warnung über die Alpen hinübergerufen. Er teilte darin die Kongressionen mit, die Österreich dem „Kreuzverbündeten.“ Italien für die Erhaltung des Friedens angeboten hat. Sie sind unseren Lesern aus der Tagespresse bekannt und brauchen daher hier nicht nochmals wiederholt zu werden. Jedenfalls gehen sie bis an die Grenze dessen, was ein Staat tun kann, um die unberechtigten Ansprüche eines Nachbarn ohne Gefährdung des eigenen Daseins zu befriedigen. Man kann sogar der Meinung sein, daß die Angebote angelehnt der schon seit Monaten verdächtigten Haltung Italiens zu weit gehen: da die italienische Regierung den Krieg doch wollte, so hätten sich die diplomatischen Zwischenfälle auch auf einer Grundlage vollziehen lassen, die das Selbstgefühl der österreichischen Völker besser schonte. Doch wie dem auch sei: jetzt geht das Verhältnis seinen Lauf. Wir Deutschen müssen mit einer neuen schweren Belastungsprobe rechnen, müssen unser Äußerstes anspannen, um nur unser bloßes Dasein zu sichern. Aber das wird auch geschehen, und es gibt bei uns keinen Mann, dessen Knie bei den wahnsinnigen Drohungen unzurechnungsfähiger Italiener ins Schlottern gekommen wären.

Der Reichstag war zusammenberufen worden, um sich in erster Linie mit der Verfolgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen von gefallenen Kriegern zu beschäftigen. Außerdem standen einige andere Gesetzesentwürfe, zum Beispiel das Monopol für Luftschiffahrt, auf der Tagesordnung. Nur die Ausschüsse haben sich bisher damit befassen können. Daneben hat aber der Haushalts-Ausschuß wiederum das ganze weite Gebiet der Kriegsfürsorge mit allen seinen Verzweigungen behandelt, ist auf die Schäden einer übertriebenen Zensur, auf mancherlei Klagen über sonstige Mißstände u. s. w. eingegangen. Über einiges daraus wird an einem ruhigeren Tage zu berichten sein.

Die italienischen Arbeiter und der Krieg.

Noch bis in die letzte Zeit hegten gewisse Kreise in Deutschland Hoffnung auf einen Generalfriede in Italien, um die Beteiligung am Kriege zu verhindern. Ein Teil davon sind Leute, denen bei uns jede selbständige Bewegung des Proletariats ein Grauel ist, im feindlichen Ausland solche aber mit Jubel begrüßen, wenigstens zu dieser Zeit; der andere Teil hat bisher den Generalfriede überschätzt und es den Führern des deutschen Proletariats verübelt, daß sie dieses bei Ausbruch des Krieges nicht zu „Massenaktionen“ aufgerufen haben. Man hoffte man darauf, daß die Italiener den Deutschen zeigen würden, „wie es gemacht wird“. Beiden Teilen sind ihre Hoffnungen nicht erfüllt worden. Uns wundern das nicht, indessen meinen wir, daß es besser gewesen wäre, gar nicht erst mit dem Generalfriede zu drohen. Im übrigen wollen wir gern anerkennen, daß die italienischen Sozialisten — die Gewerkschafter haben eine weniger bestimmte Haltung eingenommen — getan haben, was in ihren Kräften stand, um von ihren Landsleuten das Unheil abzuwenden.

Nur auf eins wollen wir heute noch hinweisen. Hunderttausende von armen Italienern waren bisher gezwungen, in Deutschland ihr Brot zu suchen, weil sie es in ihrem „Vaterland“ nicht finden konnten. Mancher von ihnen wurde als Streikbrecher nach Deutschland gelockt. Viele haben aber nicht nur Brot in Deutschland gefunden, sondern auch Aufklärung und die Handlungsweise ihrer Nachhaber wird ihnen ohne Zweifel tiefen Schmerz verursachen. Auf keinen Fall darf aber der Deutsche an solchen Bedauernswerten rächen wollen, was die Kriegshäher in Italien verbrochen haben. Bedenkt: Wir Deutschen sind die „Boches“, was nach französischer Aussage das Nichtswürdigste sein soll, was es gibt. Tragt euren Teil dazu bei, diese Bezeichnung zu einem Ehrennamen zu machen, indem ihr euch an keinem Angehörigen eines feindlichen Landes vergreift. Überlaßt solche Ausflüsse von Bildung und Gefühlsden „höheren“ Völkern, zum Beispiel Franzosen und Engländern, die bekanntlich schon ihre Leistungsfähigkeit darin bewiesen haben.

Beschränkung der Freizügigkeit.

Bayerische Metallindustrie hatten mit Verordnungen des bayerischen Kriegsministeriums über den Arbeitswechsel in Betrieben für Heeresbedarf Mißbrauch getrieben. Dagegen wendete sich die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in einer Eingabe, auf die vom Kriegsministerium folgende Bescheid erteilt wurde: „Nach den für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen für die Heeresverwaltung geltenden Bestimmungen ist in den Lieferungsanträgen ausdrücklich festzusetzen, daß die Arbeitgeber zur Zahlung angemessener, ordnungsgemäßer Handwerkerlöhne verpflichtet sind und daß gegen sie bei Zuwiderhandlungen durch Rücktritt von Verträgen vorgegangen werden kann. Auch sind die die Lieferung vergebenden Behörden angewiesen, auf Verfehlungen gegen diese Vertragsbestimmungen ihr besonderes Augenmerk zu richten und die Lieferanten, die sich Lohnrückstellungen zuschulden kommen lassen, davon zu verständigen, daß sie bei fortgesetzter Verfehlung dieser Art von ferneren Lieferungen ausgeschlossen werden müssen. Hiernach sind gegen den von Ihnen befürchteten Druck auf die Arbeiter ausreichende Vorkehrungen bereits getroffen und bleibt es Ihnen unbenommen, etwaige Verfehle gegen obige Bestimmungen bei der nächst zuständigen Militärbehörde zur Sprache zu bringen.“

Abrechnung der Ortsklassen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1914.

Die Abrechnung schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 12002688,84 M (1913: 11909462,37 M). Die Summe der Einnahmen ist sich zusammen aus: Kassenbestand am Schluß des Jahres 1913 5438735,67 M, Überweisungen (durchlaufende Posten) der Hauptkasse 118364,27 M (266987 M), Anteil aus den ordentlichen Beiträgen der Hauptkasse 2472601,57 M (3093316,99 M), außerordentlichen (Beiträgen) Beiträgen: der erwachsenen männlichen Mitglieder 2343100,33 M (2513680,87 M), der weiblichen und jugendlichen Mitglieder 84849,37 M (97975,96 M), sonstigen Einnahmen 545087,63 M (808860,30 M). Die reinen Einnahmen (rische Beiträge und sonstige Einnahmen) waren um 142529,80 M geringer als 1913; und da auch der Anteil aus den Beiträgen der Haupt-

klasse um 620715,42 M niedriger war, so betrug die Mindereinnahme (nach Abzug des Kassenbestandes von 1913 und der Überweisungen der Hauptkasse) 1063245,22 M.

Die Ausgaben betragen 6945813,03 M (6470726,70 M), waren also um 475086,82 M höher als 1913. Von den Ausgabenposten erforderten 14 zusammen 1201105,77 M weniger als 1913, dagegen 4 eine Mehrausgabe von 1676192,10 M, wovon allerdings 968756,82 M auf Überweisungen an die Hauptkasse (auf durchlaufende Posten) entfallen. Von den wirklichen Mehrausgaben entfallen auf Gehalt 52707,19 M, auf Arbeitslosenunterstützung 174375,73 M, auf Unterstützung in Notfällen 490352,36 M. Als Kassenbestand verblieben am Schluß des Jahres 5056875,81 M, gegen 1913 weniger 381859,86 M.

Die folgende Übersicht zeigt die Unterstützungen aus der Hauptkasse und den Ortsklassen und den Gesamtvermögensbestand des Verbandes:

Unterstützungsart	Hauptkasse	Ortsklassen	Zusammen
Heisegelb	389824,18	41696,16	431520,34
Unzugsunterstützung	116019,53	2594,55	118614,08
Erwerbslosenunterstützung			
a) bei Krankheit	333232,55	26072,81	359305,36
b) bei Arbeitslosigkeit	730431,65	508628,10	1239059,75
Streikunterstützung	1096465,88	434870,06	1531335,94
Gemafregelunterstützung	162830,86	47234,50	210065,36
Unterstützung in Notfällen	77748,35	549838,15	627586,50
Stempelgeld	142675,—	133970,25	276645,25
Nachschuß	39869,32	—	39869,32
Gesamtansg. f. Unterstütz.	12752027,27	1741904,91	14493932,18
Vermögen	11644353,94	5056875,81	16601229,75
Vermögensabnahme	1567650,98	381859,86	1949510,84

Wirkungen einer Aussperrung.

Am 29. April 1915 wurde die Generalversammlung der Linke-Hoffmann-Werke in Breslau abgehalten. Darüber berichten die Tageszeitungen:

„Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 7 Prozent fest. Die Anlegung einiger Aktien, weniger auf Maschinen abzuschreiben und 8 Prozent auszuschütten, wurde nicht zum Antrag erhoben. Aktionär v. Gerlach griff den Vorstand wegen der Aussperrung der organisierten Arbeiter an, wozu die Veranlassung von der Geschäftsleitung und nicht, wie behauptet werden sei, von den Arbeitern ausgegangen sei. Die Aussperrung hätte nicht 26 Wochen dauern dürfen. Die Verwaltung vertrete einen Gewaltakt, nicht einen Rechtsstandpunkt. Man verlange auch in der Industrie Gleichberechtigung und Zufriedenheit der Arbeiter. Aktionär Sandheim bezeichnete die Aussperrung als ein unsoziales Experiment, das der Gesellschaft drei Millionen Mark gekostet habe, und wunderte sich, daß das Unternehmen laut Geschäftsbericht durch den Krieg Verluste erlitten habe, während andere ähnliche Gesellschaften an Kriegslieferungen viel verdienen. Der Vorstand verwahrte sich gegen die Vorwürfe. Er habe sich die größte Mühe gegeben, den Arbeiterwut beizulegen. Wollte man die Forderungen der aufgeregten Arbeiter blind erfüllen, so würde der Verdienst der Gesellschaft wesentlich herabgemindert worden sein. Die Arbeiter verdienen jetzt ebensoviel und mehr als früher. Der Vorsitzende hat v. Gerlach, seinen Einfluß bei den Arbeitern geltend zu machen für den Frieden und auch für die Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft sei mit Staatsaufträgen bei Beginn des Krieges stark im Rückstand gewesen. Diese hätten erst erledigt werden müssen, daher konnte die Gesellschaft nicht rechtzeitig den Betrieb für Heereszwecke ändern.“

Die Gesellschaft verteilte früher 30 bis 40 Prozent Dividende, für das Aussperrungsjahr jedoch nur 7 Prozent. Es ist auch das noch ein schöner Gewinn, allein man kann es den Aktionären nicht verdenken, daß sie über die Früchte der Gewaltpolitik ihrer Fabrikleitung erbost sind und ihrem gepreßten Herzen Luft machen.

Höchstleistung.

In einer jüngst abgehaltenen Generalversammlung des Ortsvereins Düsseldorf des christlichen Metallarbeiterverbandes teilte der Verbandsangestellte Leupke mit, daß ein auf der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik beschäftigter Arbeiter in einem Monat einen Gesamtverdienst von 350 M erreicht habe. Der Mann, der diesen Lohn verdiente, leistete dafür 450 Arbeitsstunden, das sind 17 Stunden täglich! Mit ihm verdiente er die Stunde 77,7 S. Bei regelmäßiger zehnjähriger Arbeitszeit würde er 7,70 bis 7,80 M verdienen haben, aber es ist Krieg, und so verlegt er sich auf die von ihm gewünschten Überstunden, über- und Sonntagsdiensten und verdient in einem Monat bei nicht einmal hohem Stundenlohn 350 M. Diese Zahl wird in der Lohnstatistik wiederkehren und als Beweis dafür angeführt werden, welche herrlichen Verdienste der Arbeiter in den Fabriken für Heereslieferungen gehabt hat. Aber die Statistik wird nicht nachweisen, daß dem „glücklichen Verdienster“ bei einer 17stündigen täglichen Arbeitszeit (bei 26 Arbeitstagen im Monat) soviel von seiner Gesundheit abhanden gekommen ist, daß der Mehrverdienst ihm eher zum Fluche als zum Segen gereichen muß.

Internationaler Gewerkschaftsbund.

In unseren Bemerkungen in Nr. 20 über die Anregung, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Berlin nach Bern zu verlegen, erblickten wir von zwei Berner Kollegen folgende Zuschrift:

Zur Verlegung des Sitzes der Internationale. Zu der Nr. 20 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung finden wir eine Notiz über dieses Thema, dessen Inhalt wir uns sachlich durchaus anschließen können. Auch wir sind der Meinung, daß das internationale Gewerkschaftssekretariat bleiben kann, wo es ist, um so mehr, als ja die Inuitanten für die Verlegung seinerzeit auch die Verlegung des internationalen sozialistischen Bureau von Brüssel nach dem Haag nicht für notwendig erachteten. Eine Verlegung nach der kleinen Schweiz mit ihren verhältnismäßig schwachen Gewerkschaften erscheint uns auch deshalb unzulässig, weil die Autorität, mit der man von hier aus auf die großen Länder wirken könnte, doch zu gering wäre, um entsprechende Wirkung zu können.

Gingegen können wir den Einwand, der im letzten Abschnitt der genannten Notiz erhoben wird, nicht gelten lassen. Die leitenden Gewerkschafter in Bern wissen sich von jeder Animosität gegen irgend einen der kriegführenden Staaten völlig frei. Für die Haltung der Berner Tagewort sind sie so wenig verantwortlich, wie der internationale Sekretär des Gewerkschaftsbundes für die Haltung des Berliner Vorwärts oder der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für diejenige der Schwäbischen Tagewort.

Dieser Zuschrift geben wir um so lieber Raum, als wir wissen, daß für diese beiden Kollegen das nicht gelten kann, was wir in Nr. 20 sagten. Leider sind sie aber nicht die einzigen Gewerkschafter in Bern. Die Erfahrungen, die der Genosse Leupart in seiner Eigenschaft als Sekretär der Internationalen Holzarbeiter-Union mit seinen schweizerischen Kollegen machen mußte, sind unseren Lesern bekannt. Noch härter ist aber, was die schweizerischen Buchbinder auf ihrem im April abgehaltenen Verbandstag gemacht haben. Diese haben einfach aus eigener Machtvollkommenheit den in Deutschland wohnenden internationalen Buchbindersekretär Klotz abgesetzt und ihren eigenen Verbandsvorstand beauftragt, einen Konkurrenzladen aufzumachen. Nun kann man ja einwenden, daß man diesen „wetterhüttern“ keine zu große Bedeutung beimessen dürfe. Auch hat ja selber der schweizerische Textilarbeiter-Verband seine Generalversammlung gehabt, wo es anders hergegangen zu sein scheint. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die Textilarbeiter-Internationale ihren Sitz in England hat. Immerhin werden unsere schweizerischen Freunde sich wohl dafür bedanken, sich dafür zu verbürgen, daß der ebenfalls in Bern befindliche Vorstand des schweizerischen Buchbinder-Verbandes „von jeder Animosität gegen irgend einen der kriegführenden Staaten“ frei sei, oder daß der in Zürich befindliche Vorstand der Holzarbeiter keine Gefinnungsgegnen in Bern habe.

Branting über die Internationale.

Die seit kurzem von Dr. Breitscheid unter Mitwirkung von Bernstein, Kautsky, Ströbel und anderen herausgegebene „Sozialistische Auslandspolitik“ bringt in ihrer Nr. 2 Mitteilungen von einer Unterredung, die der schwedische Genosse Branting mit einem Mitglied der britischen Unabhängigen Arbeiterpartei gemacht hat. Danach hat Branting unter anderem gesagt:

„Ich fürchte, unsere Hauptchwierigkeit wird die sein, unsere französischen und deutschen Genossen zusammenzubringen. Aber es wird kommen und es muß kommen. Die Internationale wird wieder genesen. Die Deutschen haben im gegenwärtigen Augenblick einige Besorgnis vor einer Zusammenkunft der Internationale, aber die anderen Nationen werden sie wünschen, ja sie werden darauf bestehen, und die Deutschen werden kommen.“

Der Genosse Branting hat recht, wenn er sagt, daß die Deutschen kommen werden. Nur ist uns nicht klar, was er unter „einige Besorgnis“ versteht. Wenn Branting etwa glaubt, daß wir aus dem Bewußtsein irgend einer Schuld Besorgnis hätten, so irrt er, wie er sich während dieses Krieges schon wiederholt geirrt hat. Wenn Deutschland in diesem Streitfall sozusagen zu den Außenmächten gehörte, wie England und Frankreich, dann hätten wir Deutschen uns erlauben können, eine andere Stellung einzunehmen als jetzt, wo die Gefahr immer noch nicht vorüber ist, daß wir von rechts und links überfallen werden. Wir können die Beurteilung unserer Handlungsweise ruhig der Zukunft überlassen. Ob das Proletariat Frankreichs und Englands dies ebenfalls kann, ist abzuwarten. Das wird uns jedoch nichtbestoweniger nicht abhalten, unsern Teil zur Wiederaufrichtung der Internationale gerne beizutragen. Wir können nur wiederholen, was wir schon früher gesagt haben: Man überlasse die ersten Schritte den Gewerkschaften. Haben die erst das Eis gebrochen, so werden weitere Schritte nicht schwer fallen.

Arbeiterversicherung.

Wittungseinsätze als Betriebsunfall. Eine für die im Freien beschäftigten Arbeiter, wie Dachdecker, Klempner, Monteur, Bauarbeiter, Fuhrleute, Pfleger und Zimmerer, sehr bedeutungsvolle Entscheidung fällt am 15. März dieses Jahres das Reichsversicherungsamt. Es handelte sich um die Frage, ob eine durch Arbeiter im Regenwetter verursachte Erkrankung als Betriebsunfall anzuerkennen ist oder nicht. Im Juni 1912 hatte der Arbeiter Ophoven aus Bochum mit einem Kollegen an einem besonders nachhaltigen Tage das Dach einer Kirche in Mente auszubessern. Stundenlang waren die beiden Arbeiter ungeschützt dem Unwetter ausgesetzt. Durch die Kälte und die Feuchtigkeit verlor sich der Arbeiter Ophoven es nun bei dem einen Arbeiter noch mit einer einfachen Erkältung abging, traten bei Ophoven schwere Folgen ein. Es stellte sich bei ihm Rippenfellentzündung ein, an deren Folgen der sonst gesunde und junge Mann am siebten Tage starb. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch der Witwe auf Zahlung einer Unfallrente ab. Sie stützte sich dabei auf die Aussage des Internachmers und auf ein Gutachten ihres Vertrauensarztes. Der Internachmer behauptete, es habe sich keineswegs um dringende Notstandsarbeiten gehandelt. Auch wisse er nicht, ob an dem betreffenden Tage besonders regnerisches Wetter geherrscht habe. Es habe für die Arbeiter gar keine Veranlassung vorgelegen, bei solchem Wetter die Arbeit auszuführen. Das Klempner auch bei schlechtem Wetter draußen arbeiten, komme täglich vor und sei nichts Außergewöhnliches. Es falle aber keinem Gesellen ein, ohne besonderen Auftrag oder Vergütung Dachdeckerarbeiten auszuführen. Auch müsse er aus dem Umstand, daß die Gesellen nicht zur Werkstatt zurückgekehrt seien, schließen, daß das Wetter immer noch erträglich gewesen sei. Diese Aussage machte allerdings nicht unter Eid derjelbe Internachmer, der den Arbeiter den Auftrag gegeben hatte, Dachdeckerarbeiten auszuführen, der ganz genau wußte, daß diese auch ausgeführt waren und der noch dazu aus der zu weit gegangenen Arbeitsfreudigkeit der Gesellen den Nutzen gehabt hatte. Danach kam der Berufsgenossenschaft ihr Vertrauensarzt zu Hilfe. Dieser begründete „wissenschaftlich“: weil auch die Mandeln entzündet gewesen seien, müsse es sich um eine durch Bazillen und durch Verwundung von Person zu Person verursachte Infektionskrankheit und nicht um die Folgen einer Erkältung gehandelt haben. Diesen „Beweisen“ der Berufsgenossenschaft konnte die Witwe glücklicherweise eine Menge andere entgegenstellen. Die Wetterkarte bescheinigte, was der Internachmer nicht leugnete, daß an dem betreffenden Tage regnerisches und für die Jahreszeit hohes Wetter geherrscht hatte. Der Arbeitskamerad beschwor, daß die Dachdeckerarbeiten wirklich verrichtet worden seien, daß Ophoven früher über keinerlei Krankheiten geklagt habe, und daß sie beide mit dem Vordertörper auf dem nähesten Kirchendach gelegen hätten, während der Regen auf dem Rücken niedergeregelt sei. Von 10 bis 6 Uhr hätten sie in dem nähesten Meidern gesteht und er selbst sei stark erkältet gewesen. Der erstbehandelnde Arzt erklärte, daß Ophoven ihm als gesunder Mensch bekannt gewesen sei, denn er habe kurz vorher an seinem Hause gearbeitet. Der Verlobte habe auch sofort die Erkältung auf dem Kirchendach als Ursache der schweren Erkrankung angegeben und er selbst wisse, daß es ein häßlicher und regnerischer Tag gewesen sei. Zwei weitere nicht von der Unfallkasse abhängige Ärzte gaben dann noch ihre Gutachten dahin ab, daß die idringenden Krankheiten, auch die Mandelentzündung, zweifellos durch die Erkältung entstanden seien.

Dieser entscheidende Beweis mußte das Reichsversicherungsamt folgen. Es erkannte durch Endurteil an, daß die unter dem geschilberten Verhältnisse entstandene Erkrankung als Betriebsunfall zu gelten habe. Die hierfür in Betracht kommende Stelle des Urteils lautet: „Nach dem Ergebnis der angeführten Ermittlungen ist die Wahrscheinlichkeit dargelegt, daß Ophoven bei der Betriebsarbeit einer pflichtigen, das heißt in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eingeschlossenen und deshalb noch zeitlich begrenzten Einwirkung von schädigenden Witterungsverhältnissen auf seinen Gesundheitszustand ausgesetzt war und hierdurch die tödliche Rippenfellentzündung verursacht worden ist. Das gesundheitschädigende Ereignis ist daher als Betriebsunfall anzusehen, dessen Folgen wesentlich zu dem tödlichen Verlauf der durch die Erkältung verursachten Krankheitszustand beigetragen haben. Die Beklagte ist sonach verpflichtet, die Klägerin für den Unfall und den Tod ihres Ehemannes zu entschädigen.“

Vom Ausland.

Großbritannien.

Die „faulen Arbeiter“. Die bürgerliche Presse Deutschlands veröffentlicht Nachrichten über die mangelhafte Leistungsfähigkeit der englischen Munitionsfabriken und mit schillernder Schadenfreude hebt sie hervor, daß die britische bürgerliche Presse die Schuld den Arbeitern in die Schuhe schiebt. Die Arbeiter sollen von ihren Gewerkschaften angewiesen worden sein, die Arbeit zu verzögern. Auch der bekannte Maschinenbauerverband soll so handeln. Nach den Heften von seiner Verbandszeitung, die wir in Händen haben, stimmt das nicht. Neuere haben wir trotz unserer Bemühungen bisher nicht erlangen können. Nichtbestoweniger warnen wir davor, aus den erwähnten Nachrichten der bürgerlichen Presse Schlüsse auf den mutmaßlichen Verlauf des Krieges zu ziehen. Wir erinnern an das, was wir in der vorigen Nummer unter der gleichen Spitzmarke brachten. Wo sich ein Widerstand oder ein sonstiges unwilliges Verhalten der Arbeiterschaft bemerkbar macht, werden wohl nur die Internachmer daran schuld sein.

Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Wetterverhältnisse. Allgemeine Betriebszählungen finden in den Vereinigten Staaten von Amerika zwar nicht statt, dagegen werden von Zeit zu Zeit (alle 10 oder 5 Jahre) Erhebungen über die Urezeugung und die weiterverarbeitenden Gewerbe ausgeführt, die mißverständliche Tatsachen zutage fördern. Es ist sicher, daß sich in den Vereinigten Staaten die Industrie im Verhältnis rascher ausbreitet als die Landwirtschaft, wenn auch eine genaue zahlenmäßige

